

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Multiplizierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21. — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10 gelbalt. Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorrück 40 Pfa. Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamesp. 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonelle 40 Pfa. bei Platzvorrück 50 Pfa., Reklamesp. 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausstatter, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Neuwahlen zum Völkerbundsrat.

Vandervelde scheidet aus. Die Haltung Italiens.

Kuba — Finnland — Kanada.

SPD Genf, 15. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes besahe sich am Donnerstagvormittag ausschließlich mit der Wiederwählbarkeit Belgiens in den Rat. Das Ergebnis der Abstimmung wurde geradezu sensationell; denn trotz der Zusage von 39 Staaten, für die Wiederwählbarkeit Belgiens zu stimmen, sprachen sich lediglich 29 dafür aus. Belgien war damit durchgefallen, da die Wiederwählbarkeit eines Landes nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Belgien erhielt von 48 Stimmen lediglich 29, während die notwendige Zweidrittelmehrheit 32 Stimmen betrug; es fehlten also 9 Stimmen.

Es steht fest, daß England, Frankreich und Deutschland für die Wiederwählbarkeit Belgiens gestimmt haben, während der größte Teil der Dominiken trotz der Intervention Chamberlains und ebenso die skandinavischen wie die südamerikanischen Staaten sich dagegen ausgesprochen. Vor allem Kanada hat hinter den Kulissen mit allen Mitteln gegen die Wiederwählbarkeit eines belgischen Vertreters in den Rat gearbeitet, obwohl es der belgischen Delegation schon vor Tagen versprochen, daß es für die Wiederwahl stimmen würde. Das gleiche ist von der italienischen Delegation zu sagen, die mit ähnlichen Erklärungen wie Kanada an den belgischen Außenminister herangetreten ist, ohne aber ihr Wort einzulösen. Aber was gibt den Politikern ihr Wort? Die skandinavischen Delegationen, denen zum Teil Sozialisten angehören, und die südamerikanischen Staaten stimmten aus prinzipiellen Gründen gegen die Wiederwählbarkeit.

Als das Abstimmungsergebnis mitgeteilt worden war, meldete sich Vandervelde sofort zum Wort und richtete an die Versammlung unter launiger Stille folgende kurze Ansprache: „Eine Anzahl von Ländern hätte geglaubt, daß es nützlich sein könnte, namentlich in Bezug auf die Durchführung der Vorträge von Locarno, daß Belgien auf weitere drei Jahre im Rat des Völkerbundes verbleibe. Die Mehrheit dieser Versammlung hat diese Ansicht zum Ausdruck gebracht; aber die erforderliche qualifizierte Mehrheit ist nicht erreicht worden. Unter diesen Umständen habe ich zweierlei zu erklären:

Erstens, daß die belgische Delegation tief davon überzeugt ist, daß die abgegebene Mein-Stimmen durchaus adäquate prinzipielle Gründe enthielten, die nichts mit dem Gefühl der Versammlung gegenüber Belgien zu tun haben. (Stimmlicher Beifall auf allen Bänken, mit Ausnahme der italienischen Delegation.)

Zweitens, und das brauchte eigentlich kaum gesagt zu werden, daß die sieben erfolgte Abstimmung Belgien nicht daran hindern wird, auch künftig seine aktive, treueste und wärmste Mitwirkung dem großen Friedenswerk des Völkerbundes zu leisten.“ (Der Beifall steigerte sich zu wahren Ovationen, an denen sich nur die italienische Delegation nicht beteiligte.)

Der Ausgang der Abstimmung ist u. a. natürlich auch als prakti-

sche Fortsetzung der letzten Debatten in der Vollerfassung zu werten, denn er bringt die Rebellion der kleinen Staaten gegen die Sonderbehandlungen der Großmächte und vor allem der Locarno-Mächte zum Ausdruck. Belgien war an diesen Verhandlungen maßgebend beteiligt. Andererseits weist das Abstimmungsergebnis die Frage auf, ob der belgische Vertreter noch weiterhin in der Vorbereitenden Abrüstungskommission bleiben kann. Sein Abgang würde ohne besonderen Beschluß der Vollversammlung unvermeidlich sein. Bei der hervorragenden Rolle, die der belgische Delegierte de Broeckere in dieser Kommission gespielt hat und späterhin noch spielen dürfte, wäre der Verzicht auf seine Mitarbeit für die Sache der Abrüstung ein großer Verlust.

Die letzte Sitzung des alten Rates.

Der Völkerbund besahe sich am Donnerstagvormittag mit einer ganzen Reihe von Danziger Fragen. Die wichtigste betraf den Antrag Danzigs auf Aufhebung der Entscheidung des Völkerbundsrates bezüglich des Rechtes Polens auf ein Munitionsdépôt auf der Westerplatte. Das vom Rat am 1. September eingesetzte Juristenkomitee, an dem die Rechtsberater von zehn Nationen teilnahmen, hat nach vier langen Sitzungen ein sehr ausführliches Rechtsgutachten von großer völkerrechtlicher Bedeutung gefaßt.

Dieses Gutachten verneint die Möglichkeit, eine frühere Entscheidung des Rates zu revidieren, falls neue Tatsachen eintreten; in diesem speziellen Falle stellt es sich aber auf den Standpunkt, daß die frühere Entscheidung über die Westerplatte eine schiedsrichterliche Entscheidung darstellt, die im Einverständnis zwischen den beiden Parteien aufgehoben werden kann, besonders wenn neue Tatsachen vorliegen (deren Vorhandensein es übrigens einzuweisen verneint).

Am Nachmittag besahe sich der Rat mit einem seit Jahren zwischen Deutschland und Griechenland bestehenden Streitfall. Es handelt sich dabei um die Plünderung eines Kreuzers „Salamis“, der im Jahre 1912 bei der Bultanwerft von Griechenland in Auftrag gegeben worden und im November 1914 vom Stapel gelassen war. Er konnte aber während des Kriegs nicht abgeliefert werden. Was das im Jahre 1919 nachgeholt werden sollte, verweigerte die griechische Regierung die Annahme, weil der Kreuzer veraltet sei. Die Entscheidung über den Streitfall wurde ausgesetzt.

Im Anschluß daran erfolgte eine kurze Abschiedsrede des Ratspräsidenten an die aus dem Rat auscheidenden Mitglieder Vandervelde (Belgien), Benesch (Tschchoslowakei) und Guerrero (San Salvador), die sämtlich auf die Rede des Präsidenten mit Dankworten erwiderten. Damit war die 48. Tagung des Völkerbundsrates abgeschlossen. Die 47. Tagung beginnt unter dem Vorsitz des griechischen Gesandten in Lissabon am Sonnabend, und zwar unter Teilnahme der neugewählten Mitglieder.

Als neue Mitglieder des Völkerbundsrates wurden am Donnerstag gewählt Kuba mit 43 Stimmen, Finnland mit 33 und Kanada mit 26 Stimmen. Portugal erhielt 18 und Griechenland 23 Stimmen. Mehrere Stimmen zerstreuten sich auf verschiedene Staaten.

Das Erwachen Südamerikas.

Von Joh. Kreyen.

Vom Erwachen Afriens sind alle Zeitungen voll. Wer aber registriert die Erscheinungen, die für das Erwachen Afrikas sprechen? Wie wenig weiß darüber zum Beispiel das die Buch des Internationalen Gewerkschaftsbundes über „Das Wanderungsproblem und die Arbeiterklasse“! Wird das jetzt anders werden, nachdem sich als Organisation der farbigen Arbeiter die Industrial and Commercial Workers' Union of Africa dem IGB angeschlossen hat? Nachdem deren Sekretär Clemens Kadali e den Pariser Kongreß des IGB darauf hingewiesen hat, daß die heutigen Anzeichen für das Erwachen Afrikas leicht und bald anwachsen können zu einer Bewegung, die hinter den asiatischen weder an Umfang noch an Bedeutung zurückbleiben wird! Es ist sehr dankenswert, daß die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung Kadalle Raum zu ausführlichen Mitteilungen über die bisherige Entwicklung der farbigen Organisation in Südafrika zur Verfügung gestellt hat. Und allenthalben sollte beachtet werden, was Kadalle einleitend sagt:

„Aber wenn der Krieg nichts an den äußeren Verhältnissen geändert hätte, so hat er doch von Grund aus den Seelenzustand der schwarzen Arbeiter geändert. Wenn Präsident Wilsons Neben auch nichts erreicht haben, so haben sie doch den niedergedrückten Eingeborenen Afrikas gezeigt, daß politische und wirtschaftliche Druck nicht unvermeidliche Lebensbedingungen sind. Sie hatten die Freiheit erblickt und verstanden nun, daß, obgleich die Kriege der Kapitalisten die Proletariat der Freiheit nicht näherbringen können, sie sie aber doch durch ihre eigenen Anstrengungen zu verwirklichen vermögen.“

Sagen wir es offen: es war nicht nur der Krieg, es war nicht nur Wilson, der die farbigen in aller Welt aufrüttelte. Es war in besonderem Maße die russische Revolution, deren Gedankenwelt wie ein Flugfeuer um die Erde sich verbreitete, die als Beispiel einer Weltumwälzung aus der Kraft der Unterdrückten allenthalben die Herzen und Sinne ergriff. Uebrigens ohne, daß Emisäre der Volkswelt, die von reaktionären Mächten überall gewittert werden, am Werke gewesen wären. Die russische Revolution wirkte auch ohne Moskauer Sendboten... und die Funken, die sie entzündete, verlöschen nicht so leicht wieder. Wofür zuletzt der „Indianeraufstand“ in Bolivien zeugte!

Wie lächerlich, wenn die Regierung von Bolivien versucht, diesen Aufstand auf Instruktionen aus Moskau zurückzuführen. Nach einer Reuters-Meldung aus La Paz vom 7. September arbeitet die bolivianische Regierung mit „Dokumenten“, die ihr aus Paris geliefert worden sind und die aus der bereits hinlänglich bekannten Fälscherzentrale stammen dürften. Danach soll ein bolivianischer „Genosse Martinez“ („ebenso wie andere südamerikanische Kommunisten“) von Bucharin aufgefordert worden sein, „eine allgemeine kommunistische Revolte herbeizuführen“. Nach einer Pariser Telegramm-Meldung soll weiterhin „feststehen“, daß der „Genosse Martinez“ von den Sowjets eine Million Franks erhielt. So wenig glaubhaft das alles ist, so reich ist es doch aus, der bolivianischen Regierung die Vollmacht ihres Parlaments für ein energisches Vorgehen gegen „die kommunistische Gefahr“ zu verschaffen.

Diese „kommunistische Gefahr“ aber ist etwas, was allen südamerikanischen Ländern gemeinsam ist. Das ist das Grollen in den Massen der Besitzlosen, der ausgebeuteten Arbeitenden. Dabei darf man sich durch das Wort „Indianer-Aufstand“, das jetzt für die Vorgänge in Bolivien geprägt wurde, nicht in den Irrtum bringen lassen, als ob es sich um im wesentlichen rassenbestimmte Gegenstände handelte. Rassengegensätze an sich spielen in Südamerika weniger eine Rolle als sonstwo in der Welt. Schwarze, „rote“ und weiße Hautfarbe (und die Mischfarben) gelten jeweils wenig oder nichts gegenüber der sozialen Position. Es gibt in Brasilien z. B. reiche Weibsgeschlechter, die mit Stolz ihre indianische Abstammung betonen. Der in Dresden ausgebildete Volkblutnegre, den ich in Sao Paulo die abendlichen Promenadentonzerte am Stadttheater meisterhaft dirigieren sah, er gilt als vollwertiger „Weißer“, insofern der Begriff „Weißer“ sich mit dem Begriff „sozial höherstehend“ deckt. Dagegen den wirklich weißen, sozial Schiffbrüchigen sah der Negre- oder Indianermischling-Polizist nicht sanfter an als Menschen seiner eigenen Hautfarbe in gleicher sozialer Lage.

Nationale Gegensätze können dagegen in Südamerika sehr wohl eine Rolle spielen. So einfach sozial sich der Gegensatz darstellt zwischen den Besitzlosen und den spanischen und portugiesischen Abstammungen der Herrenklasse — so kompliziert ist er durch den Gegensatz zu den ausländischen Gesellschaften. Die europäischen und nordamerikanischen Imperialisten machen ihr Geschäft mit den südamerikanischen Staaten zwar meist auf dem Wege über profitable Staatsanleihen. Aber sie sind auch in großem Umfange direkt geschäftlich in Südamerika tätig. Im ganzen schätzte Hermann Lufft in seinem Buche „Die nordamerikanischen Interessen in Südamerika vor dem Krieg“ (Jena 1916) die englischen Kapitalanlagen in Südamerika auf 4 Milliarden Dollar, die französisch-belgischen auf 2,5 Milliarden, die deutschen auf 1 Milliarde und die nordamerika-

Zusammentritt des Reichstages am 17. Oktober.

SPD Der Vorkonferenz des Reichstages beschloß am Donnerstag, den Beginn der Sonbertagung auf den 17. Oktober festzusetzen. Die Tagung soll nur die Beratung des Schulgesetzes, der Beamtenbesoldung und des Liquidations-Schadengesetzes dienen. Fraglich ist, ob das Liquidations-Schadengesetz bis dahin dem Reichstag bereits vorliegen wird. Die Tagung soll nur eine Woche dauern. Der Beginn der eigentlichen Winterferien des Reichstages, der von der Regierung für den 21. November verlangt wurde, soll später festgesetzt werden, wobei von den Regierungsparteien der 22. November in Aussicht genommen wird.

Die Sozialdemokraten sprachen sich für eine Tagung noch im September zur Beratung der Mietenerhöhung, der Krisenfürsorge und der Amnestiefrage aus, ebenso die Kommunisten und Demokraten, während die Regierungsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei sich ablehnend verhielten. Auch die Beratung des Rentenversicherungsgesetzes in der Zwischentagung wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

Die Besoldungsreform hat noch Zeit.

Nach Genf.

WZB Berlin, 16. September.

Die geringen Beratungen des Reichskabinetts über die Beamtenbesoldungsreform haben den Blättern zufolge noch zu keiner Verabschiedung der Vorlage durch die Reichsregierung geführt. Die Verhandlungen sind laut Deutscher Allgemeiner Zeitung auf heute vertagt worden. Die endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts dürfte jedoch, wie mehrere Blätter bemerken, erst erfolgen, wenn auch die vollparteilichen Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Curtius, die an der gestrigen Beratung nicht teilnehmen konnten, gehört worden sind.

Das Urteil im Turati-Prozess.

Im Turati-Prozess ist jetzt das Urteil gefällt worden. Turati und der ebenfalls in Abwesenheit verurteilte Advokat Bertini, sowie die Professoren Roselli und Bari, der Vermittler des Motorbootes da Boye und der Benziniejerant Boya u. c. wurden zu 10 Monaten Haft verurteilt. Der Kapitän, der das Boot nach Portugal flüchtete, erhielt 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Der ausgeschaltete Reichstag.



Marx: „Ich schalte das Licht aus. Es fiert die Vertraulichkeit der Kabinettsberatungen.“